

KLEINE ANFRAGE

**der Abgeordneten Jürgen Suhr und Silke Gajek,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Rechtliche Grenzen für Dublin-III-Überstellungen

und

ANTWORT

der Landesregierung

Die Überstellung eines Asylbewerbers in einen anderen Mitgliedstaat ist nach Artikel 3 Absatz 2 der Dublin-III-Verordnung [Verordnung (EU) Nr. 604/213] unzulässig, wenn es wesentliche Gründe für die Annahme gibt, dass das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen in dem betreffenden Mitgliedstaat systemische Schwachstellen aufweisen. Dennoch wurden im vergangenen Jahr bundesweit über die Hälfte der einer Überstellung vorausgehenden Übernahmeersuchen an Länder gerichtet, in denen aus verwaltungsgerichtlicher Sicht genau dies der Fall ist. Dabei handelte es sich um die Länder Italien (25,9 Prozent aller Übernahmeersuchen), Bulgarien (12,5 Prozent), Ungarn (11,1 Prozent), Malta (0,9 Prozent), Rumänien (0,6 Prozent) und Zypern (0,2 Prozent).

1. In welche Länder erfolgten in den Jahren 2011, 2012, 2013 und 2014 wie viele Dublin-II- bzw. Dublin-III-Überstellungen aus Mecklenburg-Vorpommern?

Auf die nachfolgenden Übersichten wird verwiesen.

2011

Land	Anzahl Überstellungen
Dänemark	1
Finnland	1
Frankreich	7
Großbritannien	1
Italien	12
Malta	2
Niederlande	4
Norwegen	8
Österreich	1
Polen	10
Schweden	1
Tschechische Republik	1
Ungarn	1
Gesamt	50

2012

Land	Anzahl Überstellungen
Dänemark	1
Frankreich	6
Großbritannien	1
Italien	7
Norwegen	2
Polen	12
Schweden	10
Schweiz	2
Spanien	3
Gesamt	44

2013

Land	Anzahl Überstellungen
Belgien	1
Dänemark	2
Italien	11
Niederlande	1
Norwegen	1
Österreich	2
Polen	163
Rumänien	1
Schweden	6
Gesamt	188

2014

Land	Anzahl Überstellungen
Belgien	32
Bulgarien	2
Dänemark	8
Finnland	8
Frankreich	5
Italien	32
Norwegen	2
Österreich	2
Polen	126
Portugal	1
Schweden	3
Schweiz	6
Slowakei	1
Spanien	4
Ungarn	12
Gesamt	244

2. Hält die Landesregierung angesichts der oben dargestellten Statistik an ihrer Praxis fest, die von ihr bzw. den ihr nachgeordneten Behörden zu vollziehenden Überstellungsanordnungen des Bundesamtes für Migration auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen und wenn ja, warum?

Die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Entscheidungen des Bundesamtes obliegt lediglich den Verwaltungsgerichten in einem entsprechenden Verfahren. Die für den Vollzug der Maßnahme zuständigen Ausländerbehörden sind grundsätzlich an die Entscheidungen des Bundesamtes oder des Verwaltungsgerichts gebunden.

3. Was spricht aus Sicht der Landesregierung gegen eine Aussetzung der Überstellungen in solche Länder, in denen es wesentliche Gründe für die Annahme gibt, dass Asylverfahren und Aufnahmebedingungen systemische Schwachstellen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 604/213 aufweisen?

Es obliegt dem Bundesminister des Innern, gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anzuweisen, bei bestehenden systemischen Mängeln keine Aufnahme- oder Wiederaufnahmegesuche nach der sogenannten Dublin-Verordnung an einen bestimmten Mitgliedstaat zu richten. Einen derartigen Überstellungsstopp gibt es derzeit lediglich in Bezug auf Griechenland.

Im Übrigen obliegt die Feststellung systemischer Mängel zunächst grundsätzlich den Verwaltungsgerichten im jeweiligen Einzelfall.

4. Wird sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Aussetzung der Überstellungen in solche Länder einsetzen und wenn nicht, warum nicht?

Wie in der Antwort zu Frage 3 dargestellt, obliegt es dem Bundesminister des Innern, gegebenenfalls gegenüber dem für die Asylverfahren zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Überstellungsstopp anzuordnen.

Die Landesregierung wird sich deshalb auf Bundesebene nicht für eine Aussetzung der Überstellung in bestimmte Mitgliedstaaten einsetzen, da zum einen Entscheidungen über etwaige systemische Mängel bisher nur in Einzelfällen getroffen worden sind und nicht einfach generalisiert werden können. Außerdem bestehen die Mängel in der Regel nicht flächendeckend, sondern beziehen sich oftmals nur auf bestimmte Regionen. Zum anderen werden bei der in Rede stehenden Durchsetzung der Ausreisepflichtung nach der Dublin-Verordnung in erster Linie geltende europäische Rechtsvorschriften vollzogen.